

Auf der Suche nach den wirtschaftlichen Sachzwängen der Weimarer Republik: Konzeptionelle Probleme in Knut Borchardts Argumentation

Die sogenannte »Borchardt-Kontroverse« läuft, seitdem Knut Borchardt 1979 seine provozierenden Thesen über die »Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre« in einem Festvortrag an der Bayrischen Akademie der Wissenschaften einem breiteren Publikum vorgestellt hat (Borchardt 1979). Verlauf und Stand der Debatte sind inzwischen so oft beschrieben worden, daß sie hier nicht ein weiteres Mal im Detail nachgezeichnet werden sollen. Die Borchardt-Kontroverse besitzt zwei inhaltliche Schwerpunkte. Der erste bezieht sich auf die konjunkturpolitischen Handlungschancen, über die Reichskanzler Brüning seit 1930 bei der Bekämpfung der ökonomischen und sozialen Krise verfügte. Diese Diskussion will ich hier nicht weiter aufnehmen. Der zweite Schwerpunkt der Borchardt-Kontroverse liegt auf den Strukturproblemen der deutschen Wirtschaft zwischen 1924 und 1929. Borchardt hat eine »Krise vor der Krise« postuliert und die Wirtschaft der Weimarer Republik in den Jahren nach der Währungsstabilisierung als »krank« charakterisiert. Diese Thesen sollen im folgenden kritisch geprüft werden. Eine solche Prüfung muß dem Umstand Rechnung tragen, daß Borchardt für

seine Argumentation implizit *kapitaltheoretische* Aussagen benutzt. Sie ist deshalb vor dem Hintergrund der Debatte um die Kapitaltheorie zu beurteilen, die seit 30 Jahren intensiv zwischen neoklassischen Ökonomen einerseits und ihren neoricardianischen Kritikern andererseits geführt wird. Deshalb wird die vor allem unter Wirtschaftshistorikern ausgetragene Diskussion um die Borchardt-Thesen mit der sogenannten Cambridge-Kontroverse um die Kapitaltheorie verknüpft. Damit soll ein einflußreicher analytischer Zugriff auf die Frage der wirtschaftlichen Instabilität der Weimarer Republik kritisiert und die Notwendigkeit einer methodischen Alternative für einen solchen Zugriff begründet werden.

Dabei wird nicht die Existenz einer Strukturkrise der Weimarer Wirtschaft vor 1929 bezweifelt, wohl aber die Eignung der Borchardtschen Argumentation, eine solche zu begründen. Meine eigene Argumentation wird in drei Schritten entwickelt. Im ersten Teil wird die methodisch-theoretische Position rekonstruiert, die der Borchardtschen Sicht implizit zugrunde liegt. Es zeigt sich, daß diese Position im Gleichgewichtskonzept der neoklassischen Wachstumstheorie wurzelt. Im zweiten Teil wird von den Prämissen dieser

Theorie ausgegangen und herausgearbeitet, daß die *Methode* der Borchardtschen Analyse mit seinen *konkreten Thesen* unvereinbar ist. Borchardts Argumentation ist in diesem Sinne inkonsistent. Im dritten Teil werden dann die Umrisse einer methodischen Alternative bei der Suche nach den ökonomischen Sachzwängen der Weimarer Republik angedeutet.

1. Die Rekonstruktion von Borchardts theoretischen Voraussetzungen

Wer in bezug auf eine Volkswirtschaft das Wort »krank« gebraucht, der benötigt zugleich einen exakten Begriff davon, was unter einer »gesunden« Wirtschaft zu verstehen sei. Nur unter dieser Voraussetzung ist es möglich, diese oder jene wirtschaftliche Entwicklung als »pathologisch« zu identifizieren. Mit anderen Worten: Die Rede von der Krankheit der Weimarer Wirtschaft macht nur Sinn vor dem Hintergrund eines expliziten Modells »normaler« kapitalistischer Entwicklung.

Knut Borchardt benennt in seinen Aufsätzen drei wesentliche Krankheits-symptome: die Staatsschuld, die Lohnhöhe und das Niveau der Profite. Die Staatsschuld ist in Borchardts Wahrnehmung der Reflex eines sozialpolitischen Exzesses, gemessen an der Leistungsfähigkeit der Weimarer Wirtschaft. In seinem Festvortrag von 1979 wies er darauf hin, daß die Investitionstätigkeit zwischen 1925 und 1929 weit hinter dem normalen Niveau der Zeit vor 1914 zurückgeblieben sei, während der private Verbrauch pro Kopf 1928 bereits um 16% über dem Vorkriegsniveau gelegen habe. Zu dieser Zeit aber

übertraf der staatliche Verbrauch pro Kopf bereits um 34% seine Höhe von 1913 (Borchardt 1979, 101, vgl. auch: Kruedener, 1985). Hier klingt die Behauptung eines »Crowding-out-Effektes« an.

Das Schwergewicht der Borchardtschen Argumentation liegt allerdings auf der Entwicklung von *Löhnen* und *Profiten*. Mit Bezug auf die Lohnsteigerungen seit 1924 behauptet Borchardt, sie hätten bei wenig elastischen Preisen zu Kostensteigerungen geführt und damit zu einer Profitklemme beigetragen. 1979 las sich dies wie folgt:

»Die Arbeitskraft war in der Weimarer Republik im Durchschnitt so teuer, daß dies auf Kosten der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gehen mußte. Angesichts der internationalen Preisentwicklung und in einem System fester Wechselkurse, in dem die Zentralbank zur Verteidigung ihrer Währungsreserven eine restriktive Politik treiben mußte, konnten die höheren Löhne nicht auf die Preise überwälzt werden. Im Verein mit der Steigerung auch anderer Kostenelemente ergab sich dadurch eine Kompression jener Einkommensarten, aus denen üblicherweise die Investitionen wesentlich finanziert werden.« (Borchardt 1979, 104)

Später ist Borchardt eher zögerlich bei der Konstruktion eines direkten kausalen Zusammenhangs zwischen Lohnentwicklung und Investitionsschwäche. Er interpretiert die Tendenz der Real-löhne eher als ein Symptom denn als einen unmittelbaren Grund der Krankheit (Borchardt 1990, 141). In der Retrospektive plädiert er nicht kontrafaktisch für Lohnreduktionen als eine adäquate Kur für die kranke Weimarer Wirtschaft. Wohl aber meint er, ein moderateres Wachstum der Reallöhne zwischen 1924 und 1930 hätte hilfreich sein können. Jedoch sei dieser Weg mit Blick auf die soziale Stabilität der Wei-

marer Republik blockiert gewesen (ebd., 102). So bleiben als Schlüsselvariable der Borchardtschen Argumentation schließlich die Profite. Ihre Entwicklung soll die Investitionsschwäche erklären, die die Weimarer Wirtschaft ab 1923 zu verzeichnen hatte. In Verlängerung dieser Argumentation erklären sich dann der hohe Sockel, den die Arbeitslosigkeit in Deutschland bereits vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise erreicht hatte, und die politische Destabilisierung der Republik im Zuge der Depression:

»Looked at from the other side, what mattered was the low level of the profit share which, in my opinion, was an essential factor in explaining the underlying instability of the post-inflation economy.« (ebd., 142)

Indessen argumentiert Borchardt bezüglich der für ihn entscheidenden Größe nicht allzu präzise. Während er einerseits von dem »profit share« - also der Profitquote - spricht, betont er andererseits, es sei den Unternehmern nach 1923 nicht gelungen, zum Bezug »normaler« Profite zurückzukehren (ebd., 142f). Als Maßstab für eine »normale« Höhe der Profite - was immer dies auch ist - bietet sich aber eher die Profitrate als die Profitquote an. Denn gemessen werden muß ja, wie hoch sich eine fixe Kapitalsumme im intertemporalen Vergleich verzinst. Für das einzelne Unternehmen hängen Investitionsentscheidungen nicht davon ab, wie hoch der Anteil der Einkommen aus Profit am Sozialprodukt ist, sondern davon, welche Rentabilität sich für die eigenen Investitionen erwarten läßt. Die Profitquote könnte das individuelle Rentabilitätskalkül nur bei einem hohen Fremdfinanzierungsanteil über den Zinsmechanismus beeinflussen, doch müßte man für die Konstruktion eines

solchen Zusammenhangs sehr spezifische Sparhypothesen aufstellen.¹ Daher werde ich mich nun auf die Profitrate konzentrieren.

Vollzieht man Knut Borchardts Argumentation, die eine »Krankheit« der Weimarer Wirtschaft begründen soll, nach, so ergeben sich drei zentrale theoretische Probleme:

1. In welchem Verhältnis stehen Lohnsatz und Profitrate?
2. An welchem Referenzjahr wird eine »gesunde« ökonomische Konstellation festgemacht?
3. Wie ist der Zusammenhang zwischen einer niedrigen Profitrate, der Art und dem Umfang der Investitionen sowie den hohen Arbeitslosenzahlen vermittelt?

Zu 1) Seit Ricardos Überwindung der sogenannten »Adding up-Theorie« von Adam Smith ist klar, daß bei statischer Betrachtung Reallohn und Profitrate in antagonistischer Beziehung zueinander stehen. Wenn eine Größe wächst, ist dies nur auf Kosten der anderen möglich, wobei die Intensität der Rückkoppelungen von einer Vielzahl von Faktoren abhängt. Wie aber sieht es aus bei Berücksichtigung des technischen Fortschritts, der sich in einer steigenden Produktivität niederschlägt? Die Antwort auf diese Frage fällt im Rahmen der Marxschen Akkumulationstheorie nicht anders aus als in der marginalistischen Welt der Neoklassik: Wenn in einem gegebenen Zeitraum unter sonst gleichbleibenden Umständen Reallohn und Arbeitsproduktivität mit der gleichen Rate wachsen, hat sich an der relativen Verteilungsposition von Kapital und Arbeit nichts geändert. Die Profitrate bleibt stabil. Vor diesem Hintergrund konzentriert sich die Debatte um die Lohnentwicklung in der Weima-

rer Republik auf die Bewegung der kumulierten Reallohnposition. Diese setzt das Wachstum von Reallohn und Produktivität unmittelbar in Beziehung zueinander. Steigen beide Größen mit der gleichen Rate, bleibt die kumulierte Reallohnposition unverändert. Die Reallohnentwicklung ist in diesem Fall verteilungsneutral. Sinkt die kumulierte Reallohnposition, so ist die Produktivität schneller gewachsen als die Reallohne und umgekehrt. Die Protagonisten der Diskussion um die tatsächliche Bewegung der kumulierten Reallohnposition in der Weimarer Republik sind Carl-Ludwig Holtfreich (1984) einerseits und der Borchardt-Schüler Albrecht Ritschl (1990) andererseits. Ihre Differenzen wurzeln in der Quellenbasis und in den Berechnungsmethoden. Holtfreich glaubt zeigen zu können, daß Borchardts 1979 vorgetragene Behauptung, die Reallohnentwicklung sei zwischen 1924 und 1929 der Produktivitätsentwicklung enteilt, ausschließlich auf Berechnungsfehler zurückgehe. Ritschl widerspricht ihm mit einer ganzen Reihe von technischen Argumenten. Indessen liegt Ritschls entscheidender Beitrag zur Diskussion um die Lohnentwicklung in der Weimarer Republik in einer Bemerkung, die er beiläufig in einer Fußnote macht (Ritschl 1990, 38, Fn 8). Die Debatte um die kumulierte Reallohnposition ist demzufolge kein Streit um die »richtige« Lohnhöhe. Insofern hat Holtfreich einen irreführenden Titel für seinen Aufsatz gewählt: »Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik?« Die Bewegung der kumulierten Reallohnposition könnte nämlich nur dann Auskunft darüber geben, ob die Reallohne zu irgendeinem Zeitpunkt zu hoch oder zu niedrig waren, wenn man davon ausgehen könnte, daß das Real-

lohnniveau in einem bestimmten Referenzjahr - etwa 1913 oder 1924 - »richtig« war. Lagen die Reallohne beispielsweise 1924 zu niedrig, würde eine steigende kumulierte Reallohnposition auf »Gesundungstendenzen« der Wirtschaft schließen lassen. Das Gegenteil gilt, wenn der Reallohnsatz 1924 zu hoch lag. Wie aber soll sich ein Kriterium für das »richtige« Reallohnniveau gewinnen lassen?

Zu 2) Die Frage nach einem geeigneten Referenzjahr hängt unmittelbar zusammen mit der Vorstellung einer »richtigen« Höhe der Verteilungsparameter Lohnsatz und Profitrate. Schon früh haben Claus-Dieter Krohn und Kurt Hübner darauf hingewiesen, daß in der von Knut Borchardt vorgebrachten Position eine bestimmte theoretische Perspektive impliziert ist: die der *neoklassischen Gleichgewichtswelt*. Zweifellos ist dieser Hinweis berechtigt. Es macht nur dann Sinn, sich auf die systemische Instabilität einer Ökonomie mit dem Begriffspaar »krank-gesund« zu beziehen, wenn man unterstellt, daß eine kapitalistische Marktwirtschaft unter »normalen« Umständen zur Stabilität tendiert. Stabilität aber ist in der Tradition der Politischen Ökonomie seit Adam Smith bis auf den heutigen Tag an den Begriff des Gleichgewichts geknüpft. Eben dieser Gleichgewichtsbegriff ist der methodische Ansatzpunkt bei der Suche nach einem geeigneten Referenzjahr, in dem Reallohnsatz und Profitrate ihre »richtige« - weil gleichgewichtskonforme - Höhe aufweisen. Was aber ist ökonomisches Gleichgewicht? Wo ist es in der historischen Realität anzutreffen? Besitzt es langfristigen oder intertemporalen Charakter?

Knut Borchardt widmet diesen Fragen nur geringe explizite Aufmerksamkeit.

Zwar bemerkte er bereits gegen Ende seines Aufsatzes von 1979, die Weimarer Entwicklung bestätige die Wirtschaftswissenschaft in ihren Auffassungen über den Zusammenhang zwischen Lohnentwicklung und Arbeitslosigkeit (Borchardt 1979, 104). Aber welche Schule der Wirtschaftswissenschaft ist gemeint? Welche ihrer Thesen finden Bestätigung? Was man bei Borchardt dann im weiteren Verlauf der nach ihm benannten Kontroverse liest, bleibt vage. Immerhin findet sich ein ausdrücklicher Hinweis darauf, daß er Fehlentwicklungen der Weimarer Wirtschaft methodisch im Rahmen einer langfristigen Perspektive diagnostizieren will. Dabei soll ein natürlicher gleichgewichtiger Wachstumspfad offenbar die Werte liefern, welche die Schlüsselvariablen des ökonomischen Systems im dynamischen Gleichgewicht hätten annehmen müssen. Die Differenz zwischen den »Ist-Werten« und den »Soll-Werten« liefert in dieser Optik ein Maß für die Intensität der Fehlentwicklungen. Borchardt konstruiert den »natürlichen« langfristigen Wachstumspfad unter der Annahme, daß die deutsche Wirtschaft nach 1913 jährlich real um 1,6% gewachsen wäre, wobei er diesen Wert aus der Extrapolation der Vorkriegsentwicklung gewinnt. Für den realen Output pro Kopf ergibt sich innerhalb dieses Konstruktes mit Bezug auf 1928 der Befund, daß der »Ist-Wert« um 14 % unter dem »Soll-Wert« liegt. Borchardt bringt dieses Ergebnis - Abelshauser und Petzina folgend - auf den Begriff einer »unvollständigen Rekonstruktion« (Borchardt 1990, 130).

Welcher theoretische Status gebührt nun jenem natürlichen Wachstumspfad, welcher der Weimarer Wirtschaft den Maßstab für eine »gesunde« Entwick-

lung vorgibt? Wieso sollte die Extrapolation von Wachstumsraten über 1913 hinaus als Referenzgröße irgendeine analytische Relevanz besitzen, die über die Feststellung hinausgeht, daß es schön gewesen wäre, hätte die deutsche Wirtschaft das Wachstumstempo der Vorkriegszeit beibehalten? Warum weist die Tatsache, daß sie es nicht tat, auf eine Krankheit hin? Der Argumentation von Borchardt liegt zwangsläufig eine nicht-triviale Annahme zugrunde: Der »natürliche« Wachstumspfad stellt die potentielle Entwicklung dar, die das Marktsystem genommen hätte, wäre es nicht durch störende Einflüsse an der Entfaltung seiner inneren Logik gehindert worden. Eine derartige Annahme schafft einen Begründungszwang, der nur im Rahmen der *Wachstumstheorie* eingelöst werden kann. Es muß plausibel gemacht werden, daß eine kapitalistische Marktökonomie die Tendenz hat, auf einem gleichgewichtigen Pfad zu wachsen und ihn erneut zu erreichen, wenn die »normale« Entwicklung durch externe Einflüsse unterbrochen worden ist. Vor diesem Hintergrund läßt sich dann die Außerkraftsetzung der Anpassungsmechanismen als Krankheit diagnostizieren.

Die ökonomische Wachstumstheorie hat zwei Hauptrichtungen: die neoklassische einerseits, die postkeynesianische andererseits.² Stetige Wachstumspfade spielen in beiden Entwürfen eine zentrale Rolle. Allerdings sind sie nur im Rahmen der neoklassischen Modellwelt mit der »normalen« wirtschaftlichen Entwicklung verknüpft. In den Arbeiten der Postkeynesianer stehen komparativ-dynamische Betrachtungen im Vordergrund. Ihre zentralen Fragen lauten wie folgt: Wie entwickeln sich die Schlüsselgrößen des Systems - Profitrate,

Profitquote, Kapitalintensität etc. - wenn dieses System auf einem stetigen Gleichgewichtspfad wächst? Wie unterscheiden sich stetige Wachstumspfade, wenn die extern vorgegebenen Variablen - die Wachstumsraten von Bevölkerung und technischem Fortschritt - variiert werden? Die Stabilitätsfrage bleibt demgegenüber zweitrangig, da die Stabilität des gleichgewichtigen Wachstumspfad in der Logik der postkeynesianischen Argumentation von den Spezifika der jeweils unterstellten Investitionshypothese abhängt. Nun ist es aber gerade charakteristisch für die postkeynesianischen Modelle, die Unabhängigkeit von Ersparnis und Investition anzunehmen, wodurch ein Kriterium fehlt, um die Plausibilität konkurrierender Investitionshypothesen gegeneinander zu gewichten. Im Unterschied zu den Postkeynesianern kümmern sich die Neoklassiker detailliert um die Anpassungsmechanismen, die das Marktsystem jeweils auf den stetigen Wachstumspfad zurückführen sollen. Ungeachtet der Nuancen, durch die sich die vielfältigen neoklassischen Modellvarianten unterscheiden, wird dieser Anpassungsprozeß in der neoklassischen Logik über Veränderungen im Wert des Kapitalkoeffizienten - also des Verhältnisses von Kapital zu Output - garantiert (Kalmbach 1972, 94ff). Gestützt auf die Prämissen der neoklassischen Modellwelt wäre also Knut Borchardts methodisches Vorgehen konsistent. Er könnte von der Existenz eines natürlichen Wachstumspfad ausgehen, der eine geeignete Referenzkategorie für die Diagnose von Fehlentwicklungen liefert. In dieser Perspektive würde sich auch eine schlüssige Lösung für das dritte zentrale Problem seiner Argumentation ergeben, das den Zusammenhang zwi-

schen einer sinkenden Profitrate und hoher Arbeitslosigkeit betrifft.

Zu 3) Es ist klar, daß eine Profitklemme aus unterschiedlichen Gründen entstehen kann: zu hohe Löhne, eine exzessive steuerliche Belastung, steigende Zinsen, eine suboptimale Auslastung der Produktionskapazität. Wie aber vermittelt sich präzise der Zusammenhang zwischen einer sinkenden Profitrate und dem Verlauf des Investitionsprozesses? Zunächst ist es notwendig, sich genau des Explanandums zu versichern. Was ist zu erklären? 1979 wies Borchardt darauf hin, daß selbst 1927 - dem »konjunkturell relativ besten Jahr« - die Arbeitslosenquote nicht unter ein Niveau sank, das »vor dem Krieg nicht einmal die schlechtesten Jahre charakterisiert hat.« (Borchardt 1979, 104) Im Jahresdurchschnitt 1929 waren in Deutschland 1,89 Millionen Menschen offiziell arbeitslos (Pollard 1990, 30). Laut Dietmar Petzina (1990, 16, 1986, 42), der sich in diesem Punkt auf das Berliner Institut für Konjunkturforschung stützt, fielen zwischen 1925 und 1929 mehr als eine Million Arbeitsplätze der Rationalisierungsbewegung zum Opfer. Sind diese Zahlen verlässlich, liegt auf der Hand, daß technologische und organisatorische Effekte entscheidend - wenn auch nicht ausschließlich - zur Erklärung der hohen Sockelarbeitslosigkeit vor der Weltwirtschaftskrise beitragen. Einmal gilt dies in einem direkten Sinne, insofern ein gegebenes Outputquantum mit einer geringeren Anzahl von Arbeitskräften hergestellt wurde. Andererseits wurde dieses Ergebnis der Rationalisierung dadurch verstärkt, daß die Freisetzung von Arbeitskräften sich negativ auf die effektive Nachfrage auswirken mußte. Der Erfolg der Rationalisierung brach

sich nicht zuletzt an der begrenzten Aufnahmekapazität der Märkte, die zu einer rentabilitätsmindernden Unterauslastung der Kapazitäten führte. Von 1925 bis 1929 lag die durchschnittliche jährliche Auslastung des industriellen Fixkapitals bei 81,4%, fiel auf 61,1% für die Jahre 1930/31, um danach anzusteigen und sich für die Periode 1935 bis 1939 auf 87,5% zu stellen (Petzina 1990, 16). Die von der Rationalisierung induzierte Nachfrageminderung dürfte die Tendenzen zur Investitionszurückhaltung mindestens verstärkt haben.

Eine befriedigende Erklärung der »Krise vor der Krise« am Arbeitsmarkt muß demnach insbesondere die hinter den Rationalisierungsinvestitionen stehende Entscheidung der Unternehmen für eine kapitalintensive Technologie plausibel machen. Erklärungsbedürftig ist nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Investitionen. Innerhalb der neoklassischen Modellwelt gilt für den Vergleich von statischen oder dynamischen Gleichgewichten Paul Samuelsons bekannter Merksatz: *Reallohnsatz hoch - Profitrate runter - Kapitalintensität hoch - Kapitalkoeffizient hoch* (Samuelson 1967, 715). Der von Borchardt postulierte theoretische Zusammenhang scheint mit diesem Theorem kompatibel zu sein: Der Reallohn steigt schneller als die Produktivität. Dieser Entwicklung entspricht eine sinkende Profitrate, der sich der Marktzinssatz über kurz oder lang anpaßt. Weil die Nachfrage nach Kapitalgütern zinselastisch ist, intensiviert sie sich unter diesen Vorzeichen. Da gleichzeitig die Nachfrage nach Arbeitskraft wegen der gestiegenen Reallöhne eher sinkt, impliziert diese Dynamik eine gestiegene Kapitalintensität im neuen Gleichgewicht. Bei starren

Löhnen ist dieses neue Gleichgewicht ein Unterbeschäftigungsgleichgewicht. Das ökonomische System ist »krank« und bewegt sich auf einem suboptimalen Wachstumspfad. Die sinkende Profitrate, die steigende Kapitalintensität, die hohe Arbeitslosigkeit und die unausgelasteten Kapazitäten scheinen mit Hilfe des neoklassischen Wachstumsparadigmas konsistent erklärbar. Borchardts Methode der langfristigen Perspektive, die mit einem gleichgewichtigen Wachstumspfad als Referenzkategorie operiert, scheint mit seiner theoretischen Diagnose der ökonomischen Situation von 1924 bis 1929 zu harmonisieren. Die empirischen Beobachtungen scheinen plausibel erklärt zu sein.

2. Zur Konsistenz der Borchardtschen Argumentation

Es wurde oben gezeigt, daß das Bild einer »kranken« Weimarer Wirtschaft, das Knut Borchardt zeichnet, das Konzept des ökonomischen Gleichgewichtes als implizite Referenzkategorie benötigt. Borchardt spezifiziert dieses Gleichgewicht als natürlichen Wachstumspfad. Letzterer wird in der Wachstumstheorie auf der Basis einer - mehr oder weniger komplizierten - aggregierten Produktionsfunktion konstruiert. In diese Produktionsfunktion geht eine homogene Größe »Kapital« ein, die pro Einheit einen bestimmten Ertrag abwirft. In dieser Konstruktion ist zwangsläufig die Annahme einer uniformen Profitrate auf gleich hohe Kapitalvorschüsse enthalten. Denn es ist unklar, wie andernfalls die Aggregation heterogener Kapitalgüter erfolgen sollte. Die Profitrate bleibt auf dem stetigen Wachstumspfad konstant (Kalmbach 1972, 95ff).

Es wird sich nun zeigen, daß im Rahmen dieses Ansatzes der Schluß von einer sinkenden Profitrate auf eine hohe Kapitalintensität nicht zwingend ist. Folglich läßt sich die reale Bewegung der Weimarer Wirtschaft auch nicht als erzwungene Suche des ökonomischen Systems nach einem neuen Gleichgewicht fassen, das einer gesunkenen Profitrate durch eine erhöhte Kapitalintensität Rechnung trägt. Unter Beibehaltung der Gleichgewichtsperspektive der Wachstumstheorie ist dann aber auch nicht der hohe Arbeitslosensockel als Folge einer gesunkenen Profitrate erklärbar, die erstens den Übergang zu kapitalintensiveren technologischen Optionen und zweitens eine allgemeine Investitionszurückhaltung motiviert hätte. Demnach ist Borchardt gezwungen, entweder seine *Methode* der ökonomischen Analyse - die Nutzung der neoklassischen Gleichgewichtskonzeption als Referenzkategorie - aufzugeben, oder aber seine *konkrete These* über den unmittelbaren Nexus von sinkender Profitrate und hoher Arbeitslosigkeit fallenzulassen.

Wie gelangt die neoklassische Theorie zu ihrer These von der inversen Beziehung zwischen Profitrate und Kapitalintensität, Profitrate runter, Kapitalintensität rauf und vice versa? G. C. Harcourt hat dazu etwas flapsig, aber treffend bemerkt:

»The neoclassical tradition, like the Christian, believes that profound truth can be told by way of parable. The neoclassical parables are intended to enlighten believers and nonbelievers concerning the forces which determine the distribution of income between profit earners and wage earners, the pattern of capital accumulation and economic growth over time, and the choice of techniques of production associated with these developments.« (Harcourt 1969, 387)

Der Kern der neoklassischen Parabel ist eine substitutive, linear-homogene Produktionsfunktion, in die die »Produktionsfaktoren« Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt als Argumente eingehen. Die volle Absorption des Outputs - also Marktgleichgewicht - wird als gegeben unterstellt. Heterogene Kapitalgüter werden zu dem homogenen Produktionsfaktor »Kapital« aggregiert. Output und Kapitalgut sind von identischer Qualität, man bewegt sich also in einer Ein-Gut-Ökonomie. Daher können der Surplus - also das Nettoprodukt - und der »Produktionsfaktor Kapital« in derselben Einheit gemessen werden. Die Profitrate ergibt sich dann - bei gegebenen Präferenzstrukturen und gegebener Faktorausstattung - allein aus den technischen Daten, die in der Produktionsfunktion enthalten sind. Ein System relativer Preise spielt bei der Bestimmung der Profitrate keine Rolle. Aus einer solchen Konstellation läßt sich Samuelsons Merksatz - Profitrate runter, Kapitalintensität rauf - leicht ableiten. In einem zweiten Schritt behaupten die Neoklassiker, bei Verlassen der Ein-Gut-Ökonomie werde zwar die Darstellung komplizierter, die wesentlichen Aussagen der Parabelwelt aber blieben gültig. Es ist jetzt skizzenhaft zu begründen, daß diese Argumentation nicht stichhaltig ist.

Innerhalb der Parabelwelt läßt sich Samuelsons Merksatz leicht ableiten. Da Bewertungsprobleme in einer Ein-Gut-Ökonomie nicht auftreten, bereitet die Handhabung des Kapitalbegriffs keinerlei logische Schwierigkeiten. Die Produktionsmittel werden in physischen Einheiten gemessen und gehen als »Kapital« in die neoklassische Produktionsfunktion ein. Diese postuliert einen systematischen technischen Zusammen-

hang zwischen den Proportionen und Mengen der eingesetzten »Produktionsfaktoren« einerseits und dem Produktionsergebnis (Output) andererseits. Durch eine einfache mathematische Umformung läßt sich aus dieser Beziehung der Output pro Arbeiter in Abhängigkeit von der Kapitalintensität der Produktion gewinnen. Die erste Ableitung dieser neuen Funktion liefert nach den Regeln der Grenzproduktivität die Profitrate, die infolge der mathematischen Eigenschaften der unterstellten Produktionsfunktion stets positiv ist. Leitet man nun die Profitrate ihrerseits nach der Kapitalintensität ab, so folgt Samuelsons Merksatz: Kapitalintensität rauf-Profitrate runter. In einer Ein-Gut-Welt, in der das Saische Theorem Gültigkeit besitzt, behält Samuelson recht, und Borchardts Argumentation bleibt konsistent.

Aber bereits im Zwei-Sektoren-Fall (ohne Kuppelproduktion)³ ist die Annahme gleichgewichtiger Reproduktion nicht mehr mit der These von der Notwendigkeit einer gegenläufigen Entwicklung von Profitrate und Kapitalintensität vereinbar. Auch die Identifizierung von Profitrate und Grenzprodukt des Kapitals wird außerhalb der Ein-Gut-Welt hinfällig (vergl. Kalmbach 1972, 126).

Jede Spezifikation einer solchen Zwei-Sektoren-Wirtschaft repräsentiert eine konkrete Produktionstechnik. Der Grund für die Nichtübertragbarkeit der Parabelergebnisse liegt letztlich darin, daß in einem Produktionszusammenhang aus zwei Sektoren, die unterschiedliche Produkte erzeugen, zwangsläufig ein System relativer Preise ins Spiel kommt. Denn selbst, wenn in beiden Sektoren nur ein Kapitalgut angewandt wird und dieses Kapitalgut in beiden Sektoren

identisch ist⁴ zwingt die qualitative Verschiedenheit zwischen zumindest einem Endprodukt und dem eingesetzten Kapitalgut zur Bepreisung, um Input und Output gleichnamig zu machen. Nur unter dieser Voraussetzung kann überhaupt sinnvoll von der Profitrate des Systems oder der Kapitalintensität der Produktion gesprochen werden. Das System relativer Preise hat bei gleichgewichtiger Reproduktion dafür zu sorgen, daß der Produktionszusammenhang eine Einheitsprofitrate generiert, denn genau über diese Eigenschaft ist ein langfristiges Reproduktionsgleichgewicht im Sinne der klassischen Schule der Politischen Ökonomie auf der Preisseite definiert.⁵ Wird in einem solchen Preissystem der Preis eines (beliebigen) Gutes zur Recheneinheit erklärt und wird darüberhinaus das Niveau der Profitrate (oder des Reallohnsatzes) extern vorgegeben, so sind alle mathematischen Freiheitsgrade geschlossen, und der restliche Preis sowie der Reallohnsatz (respektive die Profitrate) resultieren eindeutig. Auf Änderungen des vorgegebenen Profitratenniveaus reagiert das System der relativen Preise, aber im allgemeinen Fall keineswegs in leicht überschaubarer Weise. Ob der relative Preis des nicht zur Recheneinheit erklärten Gutes etwa mit wachsender Profitrate steigt oder fällt, hängt von den technischen Bedingungen der Herstellung aller Güter ab.⁶

Auch die Beziehung zwischen Reallohnsatz und Profitrate ist komplex. Es hat sich eingebürgert, diese Beziehung als Lohnkurve zu bezeichnen. Sie ordnet jedem Niveau der Profitrate die entsprechende - mit der Vorgabe der Profitrate determinierte - Höhe des Reallohnsatzes zu (respektive umgekehrt). In Abhängigkeit vom *Verhältnis der Kapitalin-*

intensitäten in den einzelnen Sektoren verläuft die Lohnkurve konvex, konkav oder auch linear (Pasinetti 1988, 104ff.). Keineswegs kann man für die Diskussion allgemeiner Zusammenhänge ohne Beschränkung der Allgemeinheit unterstellen, daß die Lohnkurve einer beliebigen Technik linear verlaufen muß.

Aber genau auf diese Unterstellung baute P. A. Samuelson seinen bekannten Versuch auf, die Ergebnisse über den Zusammenhang von Profitrate und Kapitalintensität aus der Ein-Gut-Ökonomie auf den Zwei-Sektoren-Fall zu übertragen (Samuelson 1966). Implizit ging Samuelson davon aus, daß beide Sektoren mit identischer Kapitalintensität produzieren.⁷ Werden nun (verfügbare) alternative Produktionstechniken unter dem Gesichtspunkt verglichen, für welche von ihnen ein gewinnmaximierendes Unternehmen sich entscheidet, so wird diejenige gewählt, die bei gegebenem Lohnsatz die höchste Profitrate abwirft.⁸ Sie läßt sich für jedes Lohnniveau aus einem Diagramm ablesen, in das die Lohnkurven aller in Frage kommenden Techniken eingezeichnet sind.⁹ Da bei Samuelson alle Lohnkurven linear verlaufen, schneiden sich die Lohnkurven jeweils zweier Techniken höchstens einmal. Dies impliziert, daß eine arbeitsintensive Technik, die bei einem hohen Rentabilitätsniveau angewandt wird, angesichts sinkender Profitrate jedoch ausrangiert worden ist, bei weiter sinkender Profitrate nicht »wiederkehren« kann. Es läßt sich zeigen, daß bei sinkender Profitrate der Wechsel von einer Technik zur anderen eindeutig mit einer steigenden Kapitalintensität verbunden ist. Samuelsons Merksatz scheint verallgemeinerbar.

Anders jedoch, wenn die restriktive und *auf alle konkurrierenden Techniken* sich beziehende Annahme identischer Kapitalintensitäten in beiden Sektoren fallengelassen wird. Dann kann es bei gleichgewichtiger Reproduktion zu folgender Konstellation kommen: *Bei sinkender Profitrate weist von zwei Technologien die arbeitsintensivere Technologie die höhere Rentabilität auf* (vgl. Pasinetti 1988, 171ff.).¹⁰ In der Welt der neoklassischen Wachstumstheorie sind mithin Rationalisierungsinvestitionen nicht schlüssig durch eine gesunkene Profitrate zu erklären.

Die Konsequenzen für die Theoriebildung aus der Cambridge-Debatte um die Wiederkehr der Techniken sind schwerwiegend. Die neoklassische Kapital- und Verteilungstheorie in ihrer aggregierten Version ist, soweit sie Kapital als einen »Produktionsfaktor« behandelt, den sie gleichrangig neben Boden und Arbeit stellt, gescheitert. Sie insistiert darauf, daß - in Verlängerung ihrer Preistheorie für Konsumgüter - die relative Seltenheit des »Faktors« Kapital seinen Preis erklärt. In diesem Sinne interpretiert sie eine niedrige Profitrate - im Gleichgewicht identisch mit dem Marktzins - als niedrigen Nachfragepreis nach »Kapital«, dessen reichliches Angebot durch eine hohe Kapitalintensität angezeigt wird. Löst sich die inverse Beziehung zwischen Profitrate und Kapitalintensität auf, erweist sich das neoklassische Projekt, das Prinzip der Preisbildung durch Angebot und Nachfrage auf »Kapital« auszuweiten als nicht - zumindest so nicht - durchführbar. Von den meisten Neoklassikern werden diese Schwierigkeiten heute zugegeben (vgl. Hahn 1982).

Die neoklassische Reaktion auf dieses kapitaltheoretische Dilemma besteht im

Rückzug auf die neowalrasianische allgemeine Gleichgewichtstheorie in der Tradition von Arrow und Debreu, in deren Rahmen kapitaltheoretische Aggregationsprobleme nicht auftreten, weil die Heterogenität von Produktionsmitteln explizit modelliert wird (ebd.; Arrow/Debreu 1954; vgl. auch die ausführliche Argumentation in Huth 1989). Die Welt der allgemeinen Gleichgewichtstheorie generiert aber auch keine intersektoral einheitliche Profitrate auf vorgeschossenes Kapital (Huth 1989, 210ff.). Von einer »normalen« Höhe der Profitrate ließe sich also höchstens auf einer disaggregierten Ebene reden. Zusätzlich entsteht die Frage nach dem Zeithorizont einer solchen »Normalität«. Das Preissystem der allgemeinen Gleichgewichtstheorie erzeugt eine intertemporale Gleichgewichtskonstellation. Diese kennt für physisch identische Güter Preisdifferenzen zeitlicher und räumlicher Art. Die Güterpreise können also von Produktionsperiode zu Produktionsperiode schwanken. (Vgl. Hayek 1928) Mit den relativen Preisen aber verändert sich in der Regel innerhalb kurzer Fristen die Rentabilität, über die sich daher innerhalb der Arrow/Debreu-Welt kaum eine gehaltvolle Konzeption von »Normalität« gewinnen läßt. Zudem ist äußerst fraglich, ob sich im Rahmen der allgemeinen Gleichgewichtstheorie rentabilitätsorientiertes unternehmerisches Handeln unter Unsicherheit überhaupt thematisieren läßt (vgl. etwa Rothschild 1981, 110ff.; Kornai 1971).

Beharrt man also (mit Borchardt 1990, 143; Fn 136) auf der Relevanz der (erwarteten) Kapitalrentabilität als Steuerungsgröße des Investitionsprozesses unter privatkapitalistischen Bedingungen, so liefern die allgemeine Gleichge-

wichtstheorie in der Tradition von Arrow/Debreu und der damit gesetzte Gleichgewichtsbegriff¹¹ kaum einen Ansatzpunkt, um die »Normalität« einer marktförmig regulierten Ökonomie irgendwo im realen historischen Prozeß zu verorten und von dort aus Abweichungen als »Krankheit« zu diagnostizieren.¹² Hält man andererseits am »klassischen« Gleichgewichtskonzept fest, das ein langfristiges Reproduktionsgleichgewicht wesentlich über eine »natürliche« Höhe der allgemeinen Durchschnittsprofitrate definiert, entbehrt die These von der rentabilitätsinduzierten Rationalisierungsarbeitslosigkeit ihrer inneren Zwangsläufigkeit. Dies ist oben demonstriert worden. Es liegt also aus wirtschaftshistorischer Perspektive nahe, über eine methodische Alternative nachzudenken, deren Begriffsapparat das tradierte Gleichgewichtsdendenken des ökonomischen Diskurses überwindet.

3. Methodische Schlußfolgerungen: Auf der Suche nach den ökonomischen Sachzwängen der Weimarer Republik

Die vorgebrachten Einwände gegen die Konsistenz der Borchardtschen Argumentation rechtfertigen nicht die Schlußfolgerung, es hätte in der Weimarer Republik keine ökonomischen Sachzwänge gegeben, die den wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielraum der Akteure vor und nach 1929 eingeschränkt hätten. Dies gilt insbesondere für solche Sachzwänge, die aus der Entwicklung der Kapitalrentabilität resultierten. Im Gegenteil: »Profitability matters.« Nur sind letztere eben nicht identifizierbar

durch Rekurs auf den Gleichgewichtsbegriff der neoklassischen Wachstumstheorie. An die Stelle der neoklassischen Wachstumstheorie muß eine methodische Alternative treten, um die »strukturelle Selektivität«¹³ der ökonomischen Verhältnisse rekonstruieren zu können.

Ich plädiere in dieser Perspektive dafür, die Diskussion um die Stabilität kapitalistischer Marktwirtschaften von der Debatte um die Existenz und Stabilität von Gleichgewichtspreisen abzukoppeln. Die Definition von Gleichgewichtszuständen mit Hilfe von Preissystemen sollte ersetzt werden durch die Frage nach der Kohärenz von Entwicklungsmodellen. Frikionslose Akkumulation ist in dieser Perspektive zunächst an zwei ökonomische Entsprechungsverhältnisse gebunden: erstens an die Kompatibilität von Produktions- und Marktentwicklung und zweitens an die Kompatibilität von realer und monetärer Akkumulation. Mit Blick auf die Weimarer Wirtschaft läßt sich in diesem Zusammenhang anknüpfen an die breiter werdende Literatur über die Rationalisierungsbewegung. Die in den diversen Branchen beobachtbaren mikroökonomischen Strategien zielten, soweit es um die Rationalisierung des Produktionsprozesses ging, während der zwanziger Jahre auf die Realisierung von »economies of scale, scope and speed«. In diesem Punkt unterschied sich die Entwicklung der Weimarer Republik nicht von dem Rationalisierungsschub der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber während letzterer den erfolgreichen Durchbruch der Massenproduktion in Westdeutschland einleitete, blieb die Rationalisierungsbewegung der Weimarer Republik auf halbem Wege stecken. Wie kommt

es, daß wir immer wieder mit dem Befund konfrontiert werden, daß dem technologischen Erfolg einzelner Rationalisierungsbemühungen in dieser Zeit kein ökonomischer Erfolg entsprach. (Vgl. etwa Kleinschmidt 1993.) Wieso kristallisierte sich in Deutschland - im Unterschied zu den Vereinigten Staaten - während der zwanziger Jahre kein »Leitsektor« heraus, der durch erfolgreich betriebene Massenproduktion die übrigen Branchen mitgerissen hätte? Die deutsche Automobilindustrie etwa verzeichnete erst in den dreißiger Jahren einen ersten wirklichen Boom, und selbst dieser blieb eine Sonderkonjunktur. Wieso also blieb in Deutschland die Herausbildung eines kohärenten fordistischen Akkumulationsregimes bis in die fünfziger Jahre hinein blockiert?

Das Problem besitzt viele Dimensionen. Welche Rolle spielte etwa die Marktentwicklung? Welche Faktoren restringierten die Nachfrage nach Konsumgütern? Wie sah die intraindustrielle Verflechtung aus? Es wäre überaus erfreulich, wenn es gelänge, für die deutsche Wirtschaft der zwanziger Jahre in die Nähe einer Verflechtungstabelle nach dem Muster einer Input-Output-Analyse zu kommen und diese im internationalen Vergleich - etwa zu den USA - auszuwerten. Welche Rolle spielte der Weltmarkt - einerseits als Absatzmarkt, andererseits aber auch als Bezugsquelle für Rohstoffe und Energieträger? In welcher Weise wurde die Weltmarktintegration der deutschen Wirtschaft durch das internationale Schuldensystem beeinträchtigt? Bis zu welchem Grade wurde der Akkumulationsprozeß des industriellen Kapitals von der deutschen Inflation begünstigt und den institutionellen Umständen der nachfolgenden Stabilisierung blockiert. Blockierte

die Regulation des Lohnverhältnisses im Rahmen der industriellen Beziehungen wirklich - wie Borchardt behauptet - den Investitionsprozeß?

Die formulierten Fragen deuten nur die Perspektive an, die nach meiner Auffassung einen Zugriff auf das Problem der ökonomischen Instabilität der Weimarer Republik erlaubt. Eine Ausführung dieses Programms erfordert zunächst eine Präzisierung des Typs von Akkumulation, der die Entwicklung der zwanziger Jahre prägte. Es ist zu fragen, welcher Makrobedingungen ein Erfolg der mikroökonomischen Strategien bedurft hätte. Diese Bedingungen sind mit der vorfindbaren Konstellation auf der nationalen und internationalen Ebene zu konfrontieren, um näher an eine Erklärung für die »Krise vor der Krise« heranzukommen. Selbstverständlich spielen Fragen von Preisbildung und Flexibilität bei der Umsetzung eines solchen Forschungsprogrammes eine nicht unwichtige Rolle, doch geben sie der Untersuchung eben nicht die Richtung vor. Diese wird vielmehr bestimmt von der historischen Gestalt und Dynamik des Produktionsprozesses.

Anmerkungen

- 1 Das Sparen aus Lohn müßte für die Akkumulationsfinanzierung irrelevant sein. Außerdem darf nicht - wie in postkeynesianischen Modellen - die effektive Nachfrage die Akkumulationsgeschwindigkeit geben.
- 2 Einen sehr instruktiven Überblick über beide Ansätze liefert Kalmbach (1972).
- 3 Unterstellt wird in der einschlägigen Diskussion in der Regel eine hypothetische Zwei-Sektoren-Wirtschaft, in der zwei Güter erzeugt werden. Einer der Sektoren stellt Kapitalgüter her, der andere Konsumgüter. In beiden Sektoren wird unter Einsatz von Kapitalgütern und Arbeit produziert (vgl. Kalmbach 1972, 103ff.).
- 4 Von der Heterogenität zwischen unterschiedlichen Kapitalgütern wird also hier noch abstrahiert.
- 5 Daneben existieren noch eine Mengen- und eine Einkommenseite (vgl. Kubin 1989, 25ff, 83ff.) Sobald stofflich heterogene Produktionsmittel zu einer homogenen Größe »Kapital« aggregiert werden, ist die Vorstellung von einem einheitlichen Kapitalzins (Profirate) und damit das klassische Gleichgewichtskonzept im Spiele.
- 6 Pasinetti entwickelt diese Zusammenhänge präzise für den mathematisch wesentlich komplizierteren Fall von n Sektoren (Pasinetti 1988, 96ff.).
- 7 Wie schwerwiegend diese Annahme ist, verdeutlicht ein Blick auf die Konsequenzen für das System der relativen Preise, den Samuelson selbst allerdings unterläßt: In seinem Spezialfall uniformer Kapitalintensitäten wird das System relativer Preise durch die relativen Arbeitsinputs bestimmt. Es gilt also die Arbeitswertlehre in der Version der »labour-embodied«-Theorie. Angesichts der Tatsache, daß Paul Samuelson die Arbeitswertlehre für reine Metaphysik hält, ist dieses Ergebnis nicht ohne Ironie.
- 8 Einen formalen Beweis dafür liefert etwa Garegnani ((1989, 84, Fn. 5).
- 9 Typischerweise wird in einem solchen Diagramm auf der Abszisse die Profirate abgetragen und auf der Ordinate der Reallohnsatz.

- 10 Explizit auf Samuelsons Argumentation beziehen sich etwa Kalmbach (1972, 103ff) und Garegnani (1989, 75ff).
- 11 Zum Wandel des Gleichgewichtsbegriffs in der modernen ökonomischen Theorie vgl. Huth (1989), Farmer/Kubin (1991), Garegnani (1989, 153ff).
- 12 Mit diesen Bemerkungen zu den Problemen einer wirtschaftshistorischen Operationalisierbarkeit der allgemeinen Gleichgewichtstheorie ist noch nichts über ihre analytische Relevanz hinsichtlich der Funktionsweise von Marktökonomien ausgesagt. Für eine skeptische Einschätzung dieser Relevanz mit unterschiedlichen Argumenten vgl. etwa Wellhöner (1994), Bürgin (1993) oder Rothschild (1981).
- 13 Vgl. zu dem Begriff der »strukturellen Selektivität« Jessop (1992).

Literatur

- Arrow, K.; Debreu G. (1954): Existence of an Equilibrium for a Competitive Economy, in: *Econometrica* 22.
- Borchardt, K. (1979): Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes, in: *Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften* 1979, S. 87-132.
- Borchardt, K. (1990): A decade of debate about Brüning's economic policy, in: *Kruedener* (1990).
- Bürgin, A. (1993): *Zur Soziogenese der Politischen Ökonomie*. Marburg.
- Farmer, K.; Kubin I. (1991): Marktpreise und natürliche Preise: Adam Smith' Konzeption und ihre gegenwärtige Bedeutung aus neoricardianischer und neowalrasianischer Sicht, in: H. D. Kurz (Hg.), *Adam Smith (1723-1790), Ein Werk und seine Wirkungsgeschichte*, Marburg 1991, S. 201-233.
- Garegnani, P. (1989): *Kapital, Einkommensverteilung und effektive Nachfrage*, Marburg.
- Hahn, F. (1982): The neo-Ricardians, in: *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 6, S. 353-374.
- Harcourt, G. C. (1969): Some Cambridge Controversies in the Theory of Capital, *Journal of Economic Literature*, Vol. VII.
- Hayek, F.A.v. (1928): Das intertemporale Gleichgewichtssystem der Preise und die Bewegungen des 'Geldwertes', in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, S. 33-76.
- Holtfrerich, C.-L. (1984): Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik? Bemerkungen zur 'Borchardt-These', in: *Geschichte und Gesellschaft* 10, S. 122-141.
- Hübner, K. (1984): Zwangslagen oder Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik 1929-32?, in: *SOWI* 13/1.
- Huth, Th. (1989): *Kapital und Gleichgewicht*, Marburg.
- Jessop, B. (1992): Regulation und Politik, in: A. Demirovic u. a. [Hg.], *Hegemonie und Staat*, Münster, S. 232-262.
- Kalmbach, P. (1972): *Wachstum und Verteilung in neoklassischer und post-keynesianischer Sicht*, Berlin.
- Kleinschmidt, Ch. (1993): *Rationalisierung als Unternehmensstrategie*, Essen.
- Kornai, J. (1971): *Anti-Equilibrium*, Budapest/ Amsterdam.
- Krohn, C.-D. (1982): 'Ökonomische Zwangslagen' und das Scheitern der Weimarer Republik. Zu Knut Borchardts Analyse der deutschen Wirtschaft in den zwanziger Jahren, in: *Geschichte und Gesellschaft* 8, S. 415ff.
- Kruedener, J. v. (Hg.) (1990): *Economic Crisis and Political Collapse*. The Weimar Republic 1924-1933, New York.
- Kruedener, J. v. (1985): Die Überforderung der Weimarer Republik als Sozialstaat, in: *Geschichte und Gesellschaft* 11, S. 358-376.
- Kubin, I. (1989): *Neoricardianische Gleichgewichtsmodelle und Änderungen in der Zusammensetzung der Endnachfrage*, Marburg.

- Pasinetti, L. L. (1988): Vorlesungen zur Theorie der Produktion, Marburg.
- Petzina, D. (1986): The Extent and Causes of Unemployment in the Weimar Republic, in: D. Stachura (Hg.), *Unemployment and the Great Depression in Weimar Germany*, London.
- Petzina, D. (1990): Was there a Crisis before the Crisis, in: *Kruedener* (1990)
- Pollard, S. (1990): German trade union policy in the light of the British Experience, in: *Kruedener* (1990).
- Ritschl, A. (1990): Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik? Eine Auseinandersetzung mit Holtfrerichs Berechnungen zur Lohnposition der Arbeiterschaft 1825-1932, in: *Geschichte und Gesellschaft* 16, S. 375-402.
- Rothschild, K. W. (1981): *Einführung in die Ungleichgewichtstheorie*, Berlin/ Heidelberg/ New York.
- Samuelson, P. A. (1966): Parable and Realism in Capital Theory: The Surrogate Production Function, *Review of Economic Studies*, Vol. XXXIII, S. 193-206.
- Samuelson, P. A. (1967): *Economics - An Introductory Analysis*, New York.
- Wellhöner, V. (1994): *Die Krise vor der Krise - eine Gleichgewichtsstörung?* Die ökonomische Instabilität der Weimarer Wirtschaft und die Wirtschaftsgeschichte, Bielefeld (unveröff. Manuskript).

SPW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

Unsere Themen:

Rot-Grüne

Klassen und Bewegungen

Sozialstaat

Lateinamerika

Linke Wirtschaftspolitik

Solarenergie

HerausgeberInnen:

H. Albrecht

K. Benz-Overhage

E. Bulmahn, D. Dehm

K. Fuchs

C. Hanewinckel

D. v. Larcher

S. Möbbeck

K. Neumann

P. v. Oertzen, H. Peter

S. Skarpelis-Sperk
und T. Westphal

Probeheft
bestellen!

spw-Verlag

Kieler Str. 13

D-51065 Köln